

Protokollauszug für den FB 2

zwV

zV

zK

bitte Rücksprache

aus der Niederschrift über die **Sitzung des Rates (10/13)** am

09.12.2021

Es wurde Folgendes beraten und beschlossen:

13. Unterstützung der Initiative "Seebrücke" - Antrag Bündnis 90 Die Grünen

Uta Lücking erläutert den Antrag ihrer Fraktion, den sie als ersten Schritt sieht eine neue Willkommenskultur zu leben. Mit der Erklärung gehe es nicht darum ein „Lockangebot“ zu unterbreiten, sondern darum die Initiative sichtbar zu machen. Die Seebrücke kümmert sich um Menschen die bereits auf der Flucht sind. Diesen Menschen, denen es schlecht geht, sollte geholfen werden.

Die Leiterin des Amtes für Bürgerdienste Sandra Elsner gibt anschließend anhand einer Präsentation (**Anlage 13**) einen Überblick über die aktuelle Flüchtlingssituation in Nieheim.

Elmar Kleine erinnert daran, dass in der Vergangenheit bereits viele im Antrag genannten Punkte aufgegriffen worden sind. Er verweist darauf hin, dass der Antrag interfraktionell kritisch diskutiert worden ist. Johannes Kros sieht den Antrag kritisch, da mit ihm Hoffnungen geschürt werden, die nicht erfüllt werden können. Dr. Ulrich Kros verweist auf den im Antrag formulierten Passus „im Rahmen der Möglichkeiten“, wonach das Engagement in der Hand der Stadt Nieheim liegt. Stephan Kunstein plädiert dafür, Aufklärung in den Heimatländern zu betreiben. Die UWG-Fraktion wird den Antrag unterstützten, teilt Herbert Müller mit. Er erkundigt sich, ob weitere Flüchtende aufgenommen werden können. Die Leiterin des Amtes für Bürgerdienste Sandra Elsner bestätigt dies im Rahmen der vorgegebenen Quoten. Robin Lintemeier sieht keine Einflussmöglichkeiten auf kommunaler Ebene. Wegweisende Entscheidungen seien auf Europa- und Bundesebene zu treffen. Im Fokus sollte die qualitative Verbesserung der Unterkünfte stehen. Auf Antrag von Lucia Walter wird anschließend über den Antrag abgestimmt und der Rat der Stadt Nieheim fasst folgenden

Beschluss:

Die Stadt Nieheim beschließt folgende Resolution:

1. Die Stadt Nieheim bekundet ihre Solidarität mit Menschen auf der Flucht. Sie appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Rettung der Menschen auf dem Mittelmeer sowie für eine Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen.
2. Um darüber hinaus ein klares Zeichen der Menschlichkeit und Offenheit unserer Stadt und ihrer Menschen zu setzen, deklariert der Stadtrat der Stadt Nieheim als „Sicherer Hafen“. Die Stadt nimmt im Rahmen ihrer Möglichkeiten Geflüchtete auf.
3. Die Stadt Nieheim veröffentlicht alle unternommenen Handlungen, mit denen sie zu einem sicheren Hafen wird.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen